

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.

Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

42. Jahrg.

Leipzig, Dienstag den 14. Juni 1904.

№ 67.

Jahresberichte.

VI.

Streiks und Aussperrungen.

Wenn es eine unbefreitbare Tatsache ist, daß während jeder wirtschaftlichen Krise das Haushaltsbudget des Arbeiters eine mehr oder weniger große Schmälerung erfährt durch verkürzte Arbeitszeiten und Lohnreduktionen, welche beiden Momente jedoch in Umfang und Wirkung ganz wesentlich abhängig sind von dem Stande der Entwicklung der in dem jeweiligen Gewerbe ausschlaggebenden Gewerkschaften, so ist es andererseits eine nur selbstverständliche Erscheinung, daß die Arbeiterchaft bei ansteigender Konjunktur bestrebt ist, in die gewohnheitsmäßigen aufgegebenen Positionen wieder einzurücken. Aber mit der wieder vollen Arbeitszeit und den — eventuell! — wieder erlangten früheren Löhnen ist es nicht allein getan. Wie vorausgehend dargelegt, hat die Standardziffer inzwischen ebenfalls eine Verschiebung zumungunsten des Arbeiters erfahren und so muß denn das Streben der Gewerkschaften auch dahin gehen, ihren Mitgliedern das zur normalen Lebensführung einigermaßen notwendige Einkommen zu verschaffen. Nach unsrer im Artikel V gegebenen Wahrscheinlichkeitsberechnung über die Kosten der Lebenshaltung einer viertköpfigen Arbeiterfamilie hat sich eine durchschnittliche Steigerung nur der elf hauptsächlichsten Nahrungsmittel von jährlich 24,44 Mk. ergeben, der in der zum Beispiele herangezogenen Metallindustrie bestenfalls eine durchschnittliche Lohnsteigerung von jährlich 3,12 Mk. gegenübersteht. Zieht man jedoch die Teuerungsverhältnisse der einzelnen Städte in Betracht, so ergeben sich Verschlechterungen bis zu 63 Mk. jährlich allein in dem bezeichneten engen Rahmen der wichtigsten Lebensmittel. An diesen Gegenüberstellungen läßt sich also ersehen, wie sehr speziell die nach überstandener Krise jogleich ausbrechenden wirtschaftlichen Kämpfe eine reine Magen- und keine Machtfrage sind, wie es immer in der Unternehmerpresse heißt und wie berechtigt dieses letzte Mittel des Verzweckes zur Eringung angemessener Arbeitsbedingungen ist.

Im Jahre 1903 nun haben nach der amtlichen Streitstatistik — über die Abweichungen zwischen dieser und der gewerkschaftlichen haben wir uns schon des öfters ausgelassen, u. a. auch in einem besonderen Artikel in Nr. 10 Jahrg. 1903 — 1374 Ausstände (es kommen nur die im vorigen Jahre auch beendeten in Betracht) stattgefunden, also fast ein Drittel mehr als in 1902. Die Zahl der streikenden Arbeiter ist mit 85603 um 31691, die der von Ausständen betroffenen Betriebe mit 7000 um 3563 und die der infolge von Streiks zum Stillen gelangenen Arbeiter mit 13811 um 7539 größer als in 1902. Das Baugewerbe steht mit 520 Streiks und 35491 daran Beteiligten wieder an der Spitze, dann kommt die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe mit 195 bzw. 6168, die Metallverarbeitung mit 150 bzw. 11099, die Textilindustrie mit 62 bzw. 6881 usw.; das polygraphische Gewerbe ist mit 22 (1902: 7) Ausständen, 31 (?) betroffenen Betrieben und 279 (184) Ausständigen vertreten. Da die amtliche Streitstatistik nun auf ein Jahr fünf ihres Bestehens zurückblicken kann, so interessiert jedenfalls eine Gegenüberstellung der einzelnen Jahre, welche folgendes Bild ergibt:

Jahr	Beendete Streiks	Betroffene Betriebe	Streikende Arbeiter	Gewungen feiernde Arbeiter
1899	1288	7121	99338	10122
1900	1433	7740	122803	9007
1901	1056	4561	55262	7420
1902	1060	3437	53912	6272
1903	1374	7000	85603	13811
Durchschnitt 1899/1903:	1242	5972	83384	9326

Die Jahre 1901 und 1902 zeigen sich auch in dieser Aufstellung als die Periode des Tiefstandes. Weiter ist aus vorstehenden Ziffern zu ersehen, daß die Zahl der Ausständigen des Jahres 1903 die der wirtschaftlich günstigen Jahre 1899 und 1900 noch nicht erreicht.

Die Erfolge der Ausstandsbewegung von 1903 stellen sich etwas besser wie im Durchschnitte des letzten Jahres dar. Die Zahl der mit vollem Erfolge beendeten

Kämpfe ist ungefähr dieselbe, dagegen ist der Ausgang „mit teilweise Erfolge“ häufiger zu verzeichnen gewesen und die verlorenen Streiks haben eine Abnahme erfahren. Von den im Jahre 1903 geführten und beendeten Streiks liefen nämlich aus 21,83 Proz. mit vollem Erfolge (im Durchschnitte der letzten fünf Jahre 21,48 Proz.), mit teilweise Erfolge 32,32 Proz. (30,56), ohne Erfolg 45,85 Proz. (47,96). Als Gesamtergebnis ergibt sich also, daß beinahe die Hälfte aller Streiks total verloren geht. Es ist das wohl eine unerfreuliche Beobachtung, aber allzu deprimierend wirkt dieselbe schon um deswillen nicht, weil unter die verlorenen Streiks einmal die von vornherein aussichtslosen und deshalb besser unterliegenden Kämpfe zählen, zum andern schlagen die bedeutungsvolleren unter den verlorenen Schlägen meistens auch den Unternehmern zu tiefe Wunden, daß in späteren Fällen häufig eine friedliche Verständigung von beiden Seiten vorgezogen wird. Im Jahre 1903 haben im besonderen die Kämpfe der gesamten Bauarbeiter einen wesentlich bessern Ausgang genommen, denn nur ein Drittel derselben ging verloren; im Jahre 1902 verzeichneten die Arbeiter des Baugewerbes indessen 277 Streiks mit keinem und nur 190 mit vollem und teilweise Erfolge. Auch die Arbeiter der Holzindustrie und Schnitzstoffe können zufrieden sein; sie brachten es im Berichtsjahre auf 107 Streiks mit vollem und teilweise Erfolge und verzeichneten 88 Ausstände mit ungünstigem Ausgang, während für 1902 die bezüglichen Ziffern 48 und 87 waren. Das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe kann ebenfalls mit dem vorjährigen Resultate zufrieden sein: 51 gut und befriedigend ausgelaufene, dagegen nur 24 verlorene Streiks. Die Textilarbeiter weisen 32 voll und halb gewonnene und 30 resultatlose Streiks auf gegen 50 bzw. 51; mit Ausnahme vom Jahre 1899 haben die Textilarbeiter ständig die Hälfte ihrer Streiks verloren. Bessere Erfolge zeigt auch das Verfertigungsgewerbe, die Arbeiter der Papierindustrie mit 8 und 8 gegen 1 und 3 können auch noch zufrieden sein, am günstigsten sind aber für die Arbeiter die Ausstände im künstlerischen Gewerbe verlaufen, nämlich 6 sind ganz oder teilweise gewonnen und 1 verloren gegangen, gegen gewonnen 1 und verloren 2 in 1902. Schlechter verliefen wie 1902 die Streiks in der Industriebranche Metallverarbeitung; die Ziffern sind hier: ganz und halb gewonnen 60, verloren 90, gegen 36 bzw. 32. Die Arbeiter in der Gruppe Maschinen, Instrumente, Apparate haben wohl eine kleine Besserung erreicht, die Resultate sind hier jedoch auch schon früher überwiegend ungünstig gewesen. Verschlechtert haben sich ferner die Arbeiter in der Lederindustrie, die des Handlungsgewerbes und die im polygraphischen Gewerbe, welches 9 voll und halb gewonnene und 13 verlorene Ausstände aufweist, gegen 2 gewonnene und 5 verlorene in 1902.

Ein ganz tristes und zum Nachdenken anregendes Kapitel bieten die Aussperrungen des Jahres 1903. Nicht nur, daß die Unternehmerschaft dieses Kampfmittel mit auffällig steigender Vorliebe anwendet, auch der Erfolg wirkt ihr dabei in einer Weise, die für unsere Gewerkschaften nicht nur schmerzliche Empfindungen auslöst, sondern für dieselben und ihre fernere Taktik von weittragender Bedeutung ist. Im Jahre 1903 wurden also von den Unternehmern 70 Aussperrungen in 8 Industrien und Gewerben vorgenommen und beendet (die Aussperrungen der Töpfer und die der Textilarbeiter in Crimmitschau zählen noch nicht mit!) gegen 46 in 1902, je 35 in 1901 und 1900 und 23 in 1899. Schlimmer als diese Steigerung ist jedoch die der von der Aussperrung betroffenen Arbeiter; es waren dies im Jahre 1903 35 273 Arbeiter, 1902: 10305, 1901: 5414, 1900: 9085, 1899: 5298. In 36 Fällen erreichten im Jahre 1903 die Unternehmer ihre Absicht vollständig, in 15 zum Teile, in 19 konnten die Arbeiter den Sturm abschlagen. Betrachtet man die Resultate der Aussperrungen im letzten Jahresabschnitte, so endeten dieselben im Jahresdurchschnitte zu 18,33 Proz. (1903 allein: 51,43 Proz.) mit einem vollen Erfolge der Unternehmer, zu 29,79 Proz. (21,43) mit teilweise und zu 24,88 Proz. (27,14) zumungunsten der Arbeitgeber. Gegen 1902 ergibt sich in der Mehrzahl der bei den Aussperrungen in Betracht kommenden Industrien eine Verschlechterung des Resultates für die Arbeiter, in der Textilindustrie ist das Ergebnis merkwürdigerweise ganz das gleiche geblieben.

Nun noch einige allgemeine Betrachtungen über die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter im letzten Jahre. Unter den Streiks und Aussperrungen, welche insgesamt 118876 Arbeiter ins Feld riefen, nahmen einen größeren Umfang an der schon am 10. Oktober 1902 begonnene große Streik von 2000 Textilarbeitern und Arbeiterinnen in Meerane, welcher nach dreizehn Wochen einen günstigen Verlauf für die Streikenden nahm. Dann kam Mitte März der vom Norddeutschen Lloyd geführte Schlag gegen die Organisation der Hafenarbeiter. Dieselben traten zwar formell aus ihrem Verbands aus, als jedoch zu Anfang Mai genannte Gesellschaft dem Siege über ihre Arbeiter den Stempel aufdrücken wollte durch Gründung einer Pensionskasse, da sahen die schlauen Lloydherren ein, daß sie sich schwer getäuscht hatten; die Hafenarbeiter hielten eben nach wie vor zu ihrer Organisation. Wegen eines Streiks der Maschinenarbeiter verjagte die Berliner Holzindustriellen im Anfange des April eine allgemeine Aussperrung der Berliner Holzarbeiter. Der Berg hatte jedoch nach vielen Freizeiten nur ein kleines, schwaches Mäuselien geboren, welches bald durch einen sanften Tod erlöst wurde. Am Vorabend zum Osterfesten nahm dann die noch junge Organisation der Siedler Metallindustriellen eine allgemeine Aussperrung vor, die 4500 Arbeiter auf die Straße setzte. Am 12. Juni mußten die Aussperrten kapitulieren, doch haben ihre Organisationen keinen nennenswerten Schaden davon getragen. Wegen einer geringfügigen Differenz in zwei Fabriken kam es am 18. April zu einer Aussperrung in der Birmanischer Schuhindustrie, welche sich auf 6000 Arbeiter erstreckte. Nach vier Wochen gaben die Schuhfabrikanten ihr Vorgehen auf; als eine bemerkenswerte Folge dieses Kampfes kann gewiß die Tatsache gelten, daß es im Jahre 1903 ganz unheimlich in der Schuhbranche von Birmanien getrachtet hat, die kleineren Fabriken holte zumeist der Pleitegeier. Weil die Mieter des Bremer Vulkan den ihnen versprochenen Tarif verlangten und die Schiffszimmerer der Tecklenborgschen Werft nicht in Alford arbeiten wollten, wurden im letzten Falle 1600 und vom Vulkan 2000 Arbeiter ausgesperrt, wiewohl es beide Male überhaupt zu keiner partiellen Arbeitseinstellung kam. Nach wenigen Tagen kam aber schon eine befriedigende Einigung zustande.

Wegen eines Streiks der Bremer Bauklemmer kam es kurz darauf dafolgt zu einer Aussperrung sämtlicher Bauarbeiter. Dagegen die Voraussetzung, bedingungslos Aufgabe des Klemmerstreiks, sich nicht erfüllte, kam es am 30. Mai zu einem annehmbaren Friedensschlusse. Ebenfalls noch im Mai kam es wegen einiger von den Zimmerern verhängter Bauverwehre zu einer Aussperrung der Bauarbeiter in Dresden, welche total verloren ging für die Bauherren von Elbflorenz. Bedeutend mehr Glück hatte dieselbe Unternehmerkategorie mit der Bauarbeiteraussperrung in Mainz, weil sie nach sieben Wochen — Mitte Juli — einen vollständigen Sieg verzeichnen konnte. Eine Aussperrung der Bauarbeiter gab es im Juni auch in Hannover, ihr Endergebnis war ein den Arbeitern nicht ungünstiger Vergleich. In Köln mußten Ende Juni wegen des Streiks der Putzer die Bauarbeiter ebenfalls die Arbeit einstellen. Der Zweck der Aussperrung ging jedoch fehl, weil drei Wochen später die Putzer ihren Ausstand siegreich beendeten. Recht bedeutungsvoll war der große Kampf im Kasseler Baugewerbe. Nachdem dort die Töpfer schon vierzehn Wochen im Streik lagen, nahmen die Unternehmer eine allgemeine Aussperrung der Bauarbeiter vor, die abermals zwölf Wochen dauerte. Das Resultat dieses langwierigen Kampfes, bei welchem 3000 Arbeiter in Frage kamen, war eine respektable Niederlage der Unternehmer. Zu Anfang August entbrannte dann der Kampf in Crimmitschau, die Hauptschlacht des letzten Jahres, aber auch die für die Arbeiterchaft unglücklichste. Nicht besser kam es mit dem in der zweiten Septemberwoche in Berlin ausgebrochenen Gürtler- und Drückerstreik, an welchem sich 2000 dieser Arbeiter beteiligten, der aber am 12. November als aussichtslos abgebrochen wurde. Wegen des Töpferstreiks in Belten und Fürstenwalde kam es zu Beginn des Dezember zu einer allgemeinen Aussperrung der Töpfer in Deutschland; dieselben sollten ihre Organisation aufgeben, der Anschlag konnte glücklicherweise zu nichts gemacht werden.

Das Jahr 1903 bietet mit seinen schweren wirtschaftlichen Kämpfen also wenig Lichtpunkte, in der Mehrzahl waren die Arbeiter die Besiegten bei den größeren Zusammenstößen. Nicht als ob die Arbeiterchaft im letzten Jahre nach einer gemeinsamen Parole durchweg Forderungen gestellt hätte, die auf einmal zu erfüllen Schwierigkeiten gemacht hätte, das dürfte wohl in keinem Falle zu vergleichen gewesen sein. Umfang und Schwere dieser Kämpfe resultieren vielmehr aus einem ganz andern Grunde. Gewiss sind die Arbeiter häufiger wie 1902 zum Angriffe übergegangen, aber auch erst, wenn ihre Bemühungen zur Verbesserung ihrer gedrückten Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Gütigkeit keinen Erfolg mehr verheißten. Die Unternehmer indessen nahmen den geringfügigsten Anlaß, die kleinste Einzelbitterkeit als willkommene Gelegenheit, die Sache im großen auszutragen. Dadurch kam es dann sofort zu einer Verschiebung des Gesichtsfeldes. Die eigentlichen Forderungen der Arbeiter traten in den Hintergrund, die Machfrage war aufgerollt; nicht, wie es in der Unternehmerpresse stets heißt, von Seiten der Arbeiterchaft, sondern von den auf ihre Macht, auf ihre Organisation und auf ihre Solidarität pothenden Unternehmern. Der Standpunkt des Herrn im Hause wurde als gefährdet angesehen, deshalb wurde die Lösung von dem Vernichtungskampfe gegen die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften ausgeben und gegen diese der heilige Krieg gepredigt. Befanulich ist dem deutschen Unternehmertum alles ein sozialdemokratischer Vreuel, was nur irgendwie nach einer ernsthaften Vertretung von Arbeiterinteressen aussieht, weshalb denn auch christliche oder andere Gewerkschaftsgruppen sofort dieses Odium auf sich laden, wenn sie einmal energischer Saiten anschlagen.

Es ist ein Schauspiel für Götter! Die Arbeiter, welche die Organisationen der Unternehmer als etwas ganz Selbstverständliches betrachten, sogar eine koalierte Arbeiterchaft im allgemeinen als dem Gesamtinteresse eines Gewerbes förderlicher betrachten, müssen es erleben, daß die organisierten Unternehmer auf gegebenes Kommando die Organisationen der Arbeiter als etwas Unberechtigtes und der Arbeiterchaft Schädliches betampfen. Sie müssen sich sagen lassen, daß man nur „mit den eignen Arbeitern“ verhandeln wolle, daß eine Vertretung der Organisation derselben nicht anerkannt werde, wiewohl man selbst alles befolgt, was die Scharfmacherbureaus als Marschrouen herausgeben. Ein solcher Standpunkt ist zwar kompletter Widerspruch zum eignen Verbalten, es ist aber eben die Moral des Unternehmertums!

Nicht also um die Forderungen höheren Lohnes oder kürzerer Arbeitszeit drehen sich die Kämpfe, sondern in der Hauptache gilt es den Entscheidungskampf zwischen Fabrikkonfuzionalismus und Arbeitgeberautoritat. Die Arbeiter wollen sich ihre Arbeitsverhältnisse nicht mehr nach Übereinkommen jedes einzelnen Unternehmers oder gar noch jedes einzelnen Werkmeisters diktieren lassen, sie verlangen vielmehr als ihr gutes Recht, die Verkaufsbedingungen ihrer Ware Arbeitskraft mit festzusetzen und zu dieser Regelung sind eben ihre Organisationen da. Die von den übelbekannten Generalsekretären und von einer nach oben debotierten und nach unten um so brutaleren Presse sowie einem eignen Blafelgebe (der „Arbeiterzeitung“) geführte scharf gemachten Unternehmer gehen aber — von den noch verhältnismäßig wenigen Ausnahmen natürlich abgesehen — wie der Stier gegen den roten Lappen; sie greifen ohne weiteres zu den größten, auch für sie recht schwerwiegenden Ausperrungen und ihr Kampfgeschrei ist: Vernichtung der Gewerkschaften! Deshalb auch immer sogleich die Forderung auf Austritt aus der Organisation, deshalb Gründung von Gewerkschaften mit eigenem Gelde, deshalb die Zulassung von Unterstellungen an Nichtorganisierte im Falle einer Ausperrung und Brämierung solcher Arbeiter. In dieser Hartnäckigkeit und diesem Widerstande selbst gegen die kleinsten Forderungen der Arbeiter liegt also System und nach diesem Systeme dürfte es angesichts des so gut wie vollendeten Zusammenschlusses der Arbeitgeber noch eine ganze Zeit lang gehen; die wirtschaftlichen Kämpfe der nächsten Zukunft werden also an Erbitterung noch zunehmen. Sieger aber werden die Arbeiter doch bleiben, wenn sie auch noch manche schwere Niederlage treffen wird. Der jetzige Unternehmerrabulismus muß und wird ebenso einem vernünftigen Konfuzionalismus im gewerblichen Leben weichen, wie es um die Mitte des vorigen Jahrhunderts im politischen Leben der Wälder geschah. Um dieses schwere Ziel zu erreichen, müssen jedoch die Gewerkschaften eine Strategie entwickeln, die nach der materiellen wie nach der idealen Seite hin alle Voraussetzungen eines endgültigen Sieges gewährleistet. Im übrigen aber könnte die Gesamtarbeiterchaft an der Solidarität der Unternehmer in Kampfzeiten sich ein gutes Beispiel nehmen!

Tarifverträge.

Die Regelung der Arbeitsbedingungen mittels kollektiver oder korporativer Verträge zwischen Unternehmer- und Arbeiterchaft bzw. deren Organisationen ist der Weg, der aus den heftigen Konflikten, den gewaltigen und opferschweren Erschütterungen des Wirtschaftslebens der Jetztzeit hinüberführen wird zu den friedlichen Gestaden, wo die Kontrahenten des gewerblichen Ringens und Schaffens in Gleichbewertung und Gleichberechtigung die Bedingungen des Arbeitsverhältnisses gegenseitig vereinbaren und abschließen. Dieser Weg ist zwar schon zum Teile beschritten, doch liegt sein Ziel noch in weiter Ferne. Wie in dem vorhergehenden Abschnitte bereits ge-

sagt, kämpft das Unternehmertum im allgemeinen den Verzweifelungskampf um das Recht des Herrn im Hause, wirft sich die organisierte Arbeiterchaft mit einem erstaunlichen Fanatismus der langsam, aber stetig vorrückenden Heeresfülle der Gewerkschaften entgegen. Es ist deshalb als Tatsache festzustellen, daß gegenwärtig der Feinde gegen Tarifverträge im Lager der Unternehmer weit mehr sind als bei den Arbeitern, die im großen und ganzen mit dem über die Tarifgemeinschaften entfalteten herrschenden Irrglauben gründlich ausgeräumt haben und das nur zu ihren Nutzen.

Wie lange es bei der Gesamtheit der Unternehmer bis zur Erlangung der gleichen Erkenntnis noch dauern wird, ist schwer zu sagen, denn trotz vieler Wandlungen in dieser Beziehung auch auf jener Seite dürfen die besten Einflüsse der äußerlich tätigen Sachwalter des Unternehmertums auf keinen Fall unterschätzt werden. Wenn jüngst z. B. einer dieser schwer bejodeten Generalsekretäre der organisierten Arbeitgeber, der hinfänglich bekannte Dr. A. Tille, in seinen „Sozialwirtschaftlichen Zeitfragen“ in geradezu kindisch-tölpeliger Weise gegen die kollektiven Arbeitsverträge zu den Waffen ruft, wenn dieser den Schleifstein munter drehende „Arbeiter des Besten“ einen seiner Eideshelfer die Moral von der Ausbeutung des Schwachen bis zur Erschöpfung predigen und den Arbeitgebern als der Weisheit letzten Schluß verkünden läßt: „Sie sollten sich nur zusammenschließen, um auf der einzelnen Schließung des Arbeitsvertrages zu bestehen, auf dem Rechte jedes Unternehmers, mit jedem Arbeiter einzeln seinen Lohn, seine Arbeitsstunden und alle seine Arbeitsbedingungen zu vereinbaren“, so darf man über die Wirkung solcher Tiraden bei den Unternehmern nicht im Zweifel sein: sie wirken wie Fanfaren! Und erst die solchen Fanfaren nachfolgenden Schlächen, ihr Ausgang und die dabei gefühligen Wunden können schließlich vernünftigeren Erwägungen nach einer weniger schmerzlichen Regelung der Frage des Arbeitsverhältnisses Platz machen. Das ist nun einmal der Ursprung und der Entwicklungsgang des Gedankens der Tarifgemeinschaften und dieses Entstehens und Werdens von Tarifverträgen hat man auch im vorigen Jahre sich wieder bewahrheiten sehen.

Wie aus dem Maihefte des „Reichs-Arbeitsblattes“ ersichtlich, bestehen ungefähr 1000 Tarifverträge in 13 von den in der Reichsstatistik geführten 22 Berufsgruppen in Deutschland. Inwieweit diese Vereinbarungen wirklich Anspruch auf Bedeutung haben, wird noch in einem besonderen Artikel untersucht werden, für unsre Jahresbetrachtung kommen nur die letztjährig zustande gekommenen in Frage.

In dieser Beziehung liegt jedoch vollständiges und zuverlässiges Material noch nicht vor, solches zu bringen wird erst von 1905 an möglich sein. Wir können uns also nur die von Fanny Zmle im April 1903 begonnene Tarifstatistik zur Unterlage nehmen. Die Veranlasser dieser Ermittlungen sagt nun ihre über neun Monate sich erstreckenden Feststellungen wie folgt zusammen: Von Anfang April bis Ende Dezember 1903 wurden nach unseren Wahrnehmungen, die natürlich auf absolute Vollständigkeit keinen Anspruch erheben können, 295 Korporativverträge abgeschlossen. Zwei davon dehnen sich über das ganze Reichsgebiet aus, derjenige der Chemigraphen und derjenige der Buchbinder und einer, das Buchbindergewerbe betreffend, erstreckt sich über drei Städte. Die übrigen Abmachungen haben nur örtliche Gültigkeit. Auf die einzelnen Gewerbebezüge verteilen sich diese Tarife wie folgt: Baugewerbe 117, Bierbrauerei 41, Metallindustrie 23, Töpfergewerbe (Ofenfabrikation) 21, Transportgewerbe 16, Stoffaustgewerbe 12, Holzindustrie 11, Lederindustrie 10, Steinbearbeitung (Steinmetzen und Schleifer) 7, Buchbinderei 6, Schneider 5, Dachdecker 4, Pfasterergewerbe 3, Textil-, Schuhmacher-, Kürschner-, Maler-, Glaser-, Gärtner- und Konditorengewerbe je 6 und schließlich Chemigraphen-, Lichtdruck-, Sattler-, Schriftgießer- und Handschuhmacherergewerbe je 1. — Dazu kommen noch 24 Firmentarife, welche sich über die verschiedenen Gewerbe verteilen. Die Höchstzahl der Tarifabschlüsse konnte in der Nebenliste für August verzeichnet werden, dort kamen 66 Verträge zur Anerkennung. Ihren niedrigsten Stand erreichte die Tarifbewegung im November, wo nur 7 Abmachungen registriert werden konnten. — Der Buchbinderarif muß aber doch wohl als allgemeiner Tarif gelten, wenn auch seine Generalisierung zurzeit noch nicht durchgeföhrt ist. Das graphische Gewerbe hätte also mit fünf jetzt bestehenden Einheitsstarifen (auch die Notendruck haben allgemein gültige Vereinbarungen) den Vogel abgeschossen.

Im allgemeinen läßt sich sagen, daß der Gedanke der Tarifgemeinschaft im letzten Jahre trotz aller schon betonten Schwierigkeiten an Ausdehnung gewonnen und die Zahl der Tarifvereinbarungen sich erfreulicherweise vermehrt hat. Die Berliner Handelskammer z. B. bezichtigt in ihrem Jahresberichte es als ein erfreuliches Ereignis des letzten Jahres, daß die Neigung zu friedlichem Abkommen für größere Zeiträume im Wachsen begriffen ist. In Berlin habe der kollektive Arbeitsvertrag, dem sie ihre volle Sympathie entgegenbringe und Förderung verspreche, jedenfalls die bis jetzt weiteste Ausbreitung gefunden. Die bei solchen Gelegenheiten mit den Arbeiterführern gemachten Erfahrungen seien nur günstige zu nennen!

Wenn wir es vielfach auch nur mit Zwerggebilden von Tarifgemeinschaften zu tun haben, so bleibt zu bedenken, daß diese vielen örtlichen sowie Firmentarife bilden den Anbruch einer wirklichen Tarifgemeinschaftsära bilden. Auch die Behörden nehmen zum Teile schon eine sympathischere

Stellung zu dieser Form einer Regelung des gewerblichen Arbeitsverhältnisses ein und wo dieses zunehmende soziale Verständnis sich noch in den denkbar einseitigsten Weise äußert — bei der behördlichen Durchdringung der Verträge — wird in nicht ferner Zeit eine vernünftige und gerechtere Auffassung von den Pflichten der behördlichen Fürsorge allen wirtschaftlich Schwachen gegenüber Platz greifen müssen. Das leuchtende Beispiel des Berliner Einigungsamtes wird und muß seine Reflexe auch in andere Amtsstuben werfen. Und ob die Unternehmer wollen oder nicht, auch sie werden durch die Macht der Tatsachen mehr und mehr zu der Ueberzeugung gedrängt werden, daß die Gewalt kein schaffender Faktor in der Geschichte ist. Die Arbeitgeber im Buchdruckergewerbe haben das zu ihrem Heile eingesehen, die übrige Unternehmerschaft wird nach schmerzvollen Operationen zur gleichen Einsicht gelangen!

Das Jahr 1903 bietet also der Lichtpunkte gegen 1902 wohl manche, aber der Schattenseiten sind auch nicht wenige. Und darunter zählt außer den schon aufgeführten und eingehend besprochenen heftigen Kämpfen zwischen der gut koalierten Unternehmerschaft und den organisierten Arbeitern in erster Linie die einseitige und schroffe Stellungnahme der Polizei und der Justiz in diesen wirtschaftlichen Konflikten, die sich ausnahmslos und mit größter Schärfe gegen die Arbeiterchaft richtete. Gerade im letzten Jahre ist das Wort von der Streikjustiz geprägt worden und der Glaube von einem gegen die Arbeiter angewandten Ausnahmestrafrecht hat durch die vielen, oft geradezu erschreckenden Urteile gegen streikende oder in Lohnbewegungen stehende Arbeiter (wir erinnern nur an die Urteile von Breslau und Bromberg!) nur zu reichliche und zu berechtigte Unterstützung gefunden. Mit solchen dramatischen Mitteln heilt man die sogenannten sozialen Krankheiten gewiß nicht. Das Verlangen nach absoluter Neutralität der Behörden bei den wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Unternehmern und Arbeitern hat sich daher zu einem durchdringenden Notschrei ausgewachsen und die Arbeiterchaft wird und muß jede Gelegenheit wahrnehmen, um gegen diese Deklassierung zu Staatsbürgern mindern Rechtes gewaltigen Protest einzulegen. Die „Frankfurter Zeitung“ schrieb in ihrem Wochenblatte daher mit vollem Rechte: „So ist die moralische Gerechtigkeitfrage der Kern nicht nur der Sozialpolitik, sondern der Politik überhaupt. Alle einzelnen Gesetze, so bedeutend sie an sich sein mögen, sind gering im Vergleiche zu ihr, alle guten Gesetze können nicht so viel nützen, als die Ungerechtigkeit schaden kann. Das abgelaufene Jahr scheint diese Erkenntnis wenig gefördert zu haben, vielleicht wird das laufende darin fruchtbarer!“

Km.

Aus dem Auslande.

In Frankreich fanden in der ersten Maiwoche die Gemeinderatswahlen statt. In Annecy, Nuch, Annecy, Cahors, Fontenay-le-Comte, La Rochelle, Montpellier, Tulle und Rochefort-sur-Mer schickten die Wähler je einen organisierten Buchdrucker als ihren Vertreter aufs Rathaus.

In Orient drohte der Ausstand der Bauarbeiter zu einem Generalstreik sich auszuwachsen. Eine Anfrage der dortigen Mitgliedschaft des Verbandes betreffs ihres Verhaltens wurde vom Zentralkomitee durch die einstimmige Annahme der vom Kollegen Gaule vorgeschlagenen Tagesordnung wie folgt beantwortet: „Das Zentralkomitee, nachdem es den Bericht der Orientier Sektion über die dortige Sachlage vernommen hat, beschließt diejenigen Kollegen zu unterstützen, die am Generalstreik gemäß dem Entschlusse der Mitgliedschaft teilnehmen werden.“

Die Freundschftsvereinigung der Faktoren hält ihre Jahresversammlung in Toulouse ab.

Von der Quästur der Kammer der Abgeordneten geht dem Pariser Sektverbande die Mitteilung zu, daß dessen erster Vorsitzender am 24. Mai empfangen werde, um seine Einwände betreffs der Herstellung verschiedener Drucksachen des Parlamentes zu begründen.

Der Gemeinderat in Reims hat einen lobenswerten Beschluß gefaßt: alle Gewerkschaften, die sich mit der Unterstützung von Arbeitslosen befassen, sollen sich in die Summe von 5000 Fr. teilen, welche die Stadtväter zu diesem Zwecke bewilligt haben.

Hamelin, Mitglied des Zentralkomitees, bringt hier zur Sprache, daß die sozialistischen Kandidaten für den Gemeinderat in Troy ihre Drucksachen in einer geschlossenen Pariser Druckerei herstellen lassen. Auf seinen Vorhalt in öffentlicher Versammlung wurde ihm mit Verdächtigungen auf die Pariser Mitgliedschaft und den Verband geantwortet.

In Hinsicht auf den bald tagenden Kongreß der Buchdruckerbesitzer beauftragt das Zentralkomitee seinen Vorsitzenden Kaiser, auf einen Brief des Präsidenten der Prinzipalsvereinigung, Schwob, befußs Bildung der gemischten Kommission in zustimmendem Sinne zu antworten.

Das Internationale Buchdruckersekretariat hat die Ausfüllung eines Fragebogens über das Plaktikum verlangt. Daraus geht hervor, daß im letzten Quartale des verfloffenen Jahres 2397,75 Fr. dafür ausgeben worden sind. Davon erhielten 121 Mitglieder des französischen Buchdruckerverbandes 1562,25 Fr., der Rest, 835,50 Fr., wurde unter 89 Reisende fremder Nationalität verteilt. Die Deutschen marschieren an der Spitze mit 51 Reisenden; in weitem Abstände folgen die Oesterreicher (9), Italiener (7),

Deutsch-Schweizer (6), die französischen Schweizer (4), dann kommen die Elsaß-Lothringer, Belgier, Ungarn und italienischen Schweizer (je 2), zuletzt stehen die Böhmen, Dänen, Serben und Schweden mit je einem Mitgliede.

Der Pariser Segeberverein hat über folgende drei Fragen bis zum 5. Juni seine Meinung zu äußern: Soll den Soldaten, die ehemals dem Verbände angehört und mindestens zwölf Beiträge entrichtet haben, pro Quartal eine Unterstützung von 3 Fr. zugesandt werden? Sollen Kollegen, die mindestens 18 Tage im Monat arbeitslos sind, von der Entrichtung ihrer Beiträge befreit sein? Sollen die Tarife gratis verteilt werden?

Der Generalkonvent des Departements der Ardennen hat bestimmt, daß alle seine Drucksachen in Tarifdruckerien hergestellt werden.

Die 1200. Foudroyende Siekmachine ging nach St. Petersburg in die Gemannsche Schriftgießerei.

Der Kollege G. Sergent veröffentlicht im Vereinsorgan einige Betrachtungen über die Gemeinderatswahlen und das „Label“ (die Gewerkschaftsmarke). Auf Kosten des Pariser Segebervereins wurden 70000 Plakate angehängt, worin die Wähler aufgefordert wurden, darauf zu sehen, daß sich der ihnen präsentierende Kandidat nur solcher Drucksachen bedienen, die jenes Zeichen tragen. Die Resultate waren zufriedenstellende. Für die 80 Sitze hatten sich 300 Bewerber aufstellen lassen; 133 liefen auf allen ihren Drucksachen das „Label“ anbringen, 98 nur teilweise; 69 haben es rundweg abgelehnt, daß dies Zeichen angebracht werde, obgleich 27 von ihnen in Tarifdruckerien arbeiten ließen und 42 Kandidaten ließen ihre Drucksachen in geschlossenen Häusern herstellen. Von den 80 Gewählten hatten 42 das „Label“ auf allen Drucksachen, 11 nur auf einem Teile und 27 wollten nichts davon wissen.

In der Revue des Industries du Livre wird von einer neuen Siekmachine erzählt, die ein ehemaliger Buchdrucker, der jetzige Ingenieur F. Müller in Frankfurt a. M., erfunden habe. Ein einziger Operateur könne pro Stunde bis zu 8000 Einzelbuchstaben setzen, vermittels sich drehender Spalten auswechseln und corrigieren. Regelmäßigkeiten ließen sich schnellsten bewerkstelligen. Preis 3500 Fr. Was ist Wahres an dieser Nachricht?

Das „Bulletin de la Chambre syndicale des Imprimeurs Typographes“ (Prinzipalorgan) spendet das höchste Lob einer deutschen Druckarbeit: bei Knorr & Hirth in München wurden auf einer Augsburg-Maschine Chromotypen in 15 Formen und 35 Farben, zu einem großen Plakate vereinigt, gedruckt. „Glückliche Vereinigung der Farben“, heißt es u. a. in der Beschreibung, „Reinheit des Druckes, genaues Passen des Registers — das Ganze ist ein Loblied sowohl für den aufmerksamen und geschickten Drucker, wie für den Erbauer der Maschine, welche die mechanische Wiedergabe von solchen künstlerischen Drucken ermöglicht.“

Dem Prinzipale G. Delmas in Vorbezug geht die Krise im Buchgewerbe, die anscheinend in Frankreich chronisch ist, sehr zu Herzen und macht er in der Fachschrift „L'Imprimerie“ Vorschläge zu deren Befreiung. Auch mit den Forderungen der Gehilfen beschäftigt er sich und fällt folgende Urteile darüber: Die Frage der Abschaffung oder der Erhaltung der Frauenarbeit hat durch die Einführung der Siekmachine an Wichtigkeit verloren; das Berechnen müsse im eignen Interesse der Arbeiter beibehalten werden; da durch das Bestehen der Arbeiter, daß in neun Stunden gleichviel produziert werde wie in zehn, sich also keine Vermehrung des Personals nötig mache, dürfe an der jetzigen Arbeitszeit nichts geändert werden — eine Lohnverhöhung sei angebracht. G. Delmas erhofft alles Heil von der Schaffung eines Zentralbureaus für das französische Buchgewerbe, namentlich soll die Schmutzkonkurrenz aufs bestmögliche bekämpft werden. Doch warnt er vor Ausständen, die nur dem Auslande zugute kommen: „seit dem Streik der Pariser Tischler überschwebten deutsche Möbel unser Land; der Ausstand der Spitzenarbeiter in Calais verschaffte den Nottinghamer Spitzen bei uns Eingang, die billige deutsche und englische Kohle hat die französische verdrängt.“

Deutsche, in Frankreich reisende Kollegen seien auf einen wertvollen Helfer aufmerksam gemacht: bei Arnold Müller in Paris, Rue de Seine 36, erschien zum vierzehntenmale der „Annuaire de l'Imprimerie“, worin die Adressen sämtlicher Drucker in Frankreich, dessen Kolonien, Belgiens, der Schweiz, Elsaß-Lothringens und Luxemburgs verzeichnet sind. Ferner sind in dem schmucken Wächstein (Preis 2 M.) außer andern wertvollen Materialen die Adressen sämtlicher Vorstände der Mitgliedschaften und die Statistikauszähler vermerkt.

Aus Belgien. Ueber den zu Pfingsten in Brüssel abgehaltenen Kongress bringt das Vereinsorgan vom 1. Juni vorläufig nur einige Zeilen. Das unverständliche Verhalten der Mitgliedschaft in Gent, die sich von Gesamtverbänden trennen will, Zahlung und Annahme des Organs verweigert, wurde einstimmig verurteilt; die Schaffung einer föderativen Unterstützungskasse für Arbeitslose wurde mit zehn gegen eine Stimme gegen zwei Entbaltungen beschloffen und das Statut festgelegt. — Bei dem Begräbnisse des am 14. Mai vom Blitze erschlagenen Abgeordneten Schöffers für öffentliche Arbeiten, Gustav Deinet, ehemaligen Präsidenten der Brüsseler Mitgliedschaft (1885/86) sowie des belgischen Verbandes (1889—91), einem warmen Verteidiger der Arbeiterfrage, nahm das Zentralkomitee durch eine Abordnung teil. Infolge einer Einladung des Ministers für Arbeit und Industrie beteiligte sich der

Typographische Klub in Brüssel an der Brüsseler Ausstellung. — Der Krieg zwischen Rußland und Japan zeitigte eine Erhöhung der Papierpreise: 100 Kilo des gewöhnlichen Papiers kosten jetzt 2 Fr. mehr als früher.

Italien. Im August findet in Mailand gelegentlich der Hundertjahrfeier des Pio Istituto Tipografico ein internationaler Wettbewerb der Buchdruckerfachschulen aller Länder statt.

Ueber das Internationale Buchdruckersekretariat, dem nach Niedertritt des Allgemeinen Niederländischen Typographenbundes und dem Anschlusse des französischen Bucharbeiterverbandes 22 Organisationen mit rund 85 500 Mitgliedern angehören, berichtet der Sekretär Stautner. Dieser Jahresbericht pro 1903 (berzählte seit Errichtung des Internationalen Sekretariats) gibt Zeugnis von einer umfangreicheren, gleichzeitiger aber auch von einer umsichtigeren und erfolgreicherer Arbeit des Sekretariats, wobei besonders der allseitig begrüßten Schrift „Gehilfenorganisationen im Buchdruckgewerbe“ gedacht sein soll; verpricht anschließend der Sekretär weiter eine „Entwickelungsgeschichte der Bucharbeiterorganisationen“ zu schreiben, so finden wir das Internationale Sekretariat auf dem besten Wege, die noch so verschiedenartig gestalteten Buchdruckerorganisationen der Welt einer würdigen Vereinheitlichung entgegenzuführen. Unter den Rubriken „Internationale Konferenz in Stragburg“, „Lohnbewegungen und Streiks“, „Biatikum“, „Generalversammlungen“ werden die im Berichtsjahre gemachten Erfahrungen registriert sowie die darauf zu ziehenden Nützanwendungen der Beachtung empfohlen; „denn — sagt der Sekretär unter Lohnbewegungen — die Geschichte der Lohnbewegungen und Streiks bietet auch eine Fülle von Lehren, die allgemeine Gültigkeit haben; wenn es auch töricht wäre, behaupten zu wollen, es müßten überall und in jedem Falle die gleichen Methoden und die gleiche Taktik Anwendung finden, so gibt es doch allgemeine Regeln für das, was zu tun, aber noch in höherem Maße für dasjenige, was zu unterlassen ist.“

Besonders die anfangs vorigen Jahres geplante Tarifbewegung in Serbien nötigte das Sekretariat, alles aufzubieten, um einen von vornherein aussichtslosen Kampf hintanzuhalten; an Mitgliedern sowie finanziellen Mitteln schwach, wäre es den serbischen Kollegen gar nicht möglich gewesen, aus eigener Kraft den geringsten Vorteil zu erreichen. Das Sekretariat lehnte darum auch — um nicht noch trügerische Hoffnungen zu wecken — eine Unterstützung seitens der übrigen Verbände ab und stellte in dem bezüglichen Schreiben nach Belgrad folgende auch anderwärts zu beherzigende Thesen auf: „1. innere Stärkung der Organisation und Ansammeln eines Kriegsfonds. 2. eine Bewegung nur dann zu unternehmen, wenn begründete Aussicht vorhanden ist, daß die Arbeitgeber nachgeben wollen oder müssen, 3. sich niemals in einen Streik stürzen oder Locken zu lassen, wenn man von vornherein sehen kann, daß er schwerlich von Erfolg gekrönt sein wird. Es steht jetzt bei Ihnen, aus diesen von anderen Arbeiterorganisationen gemachten Erfahrungen Ihren Nutzen zu ziehen. Prüfen Sie die diese Wahrheit ein: Es kommt gar nicht auf das an, was man wünscht oder was notwendig wäre, sondern nur darauf, was unter den gegebenen Verhältnissen zu erreichen möglich ist.“

Ueber die mit mehr oder weniger Erfolg geführten Lohnbewegungen in Italien, Rumänien, Ungarn, Schweden, Dänemark, Belgien und der Schweiz — worunter die allgemeine Tarifeinführung in Ungarn die größte Ausdehnung und auch die relativ besten Erfolge hatte — ist seiner Zeit schon berichtet und können hier übergangen werden.

Eine genaue Feststellung der Biatikumsausgaben in allen Ländern anzufertigen, war dem Sekretariat leider mangels der dazu nötigen Unterlagen nicht möglich; es gibt immer noch Zentralverbände, welche in dem Internationalen Sekretariate lediglich eine Hilfsquelle zur Beschaffung materieller Mittel erblicken, für den Ausbau der Organisationen und für die Beantwortung eines Fragebogens aber nichts übrig haben. So hat z. B. der italienische Verband unter ganz widerrechtlicher Berufung auf eine „spezielle Uebereinkunft mit dem Internationalen Sekretariat“, während des ganzen Jahres 1903 kein Biatikum an Mitglieder gegenseitiger Verbände gezahlt; alle Mahnungen waren ohne Erfolg. Es wird darum die Zeit nahe sein, wo den mit kaum nennenswerten Beiträgen arbeitenden Italienern das Ultimatum zu stellen ist.

Die Generalversammlungen in Elsaß-Lothringen, Belgien, der französischen und deutschen Schweiz waren von dem Sekretär bzw. in dessen Vertretung von dem Präsidenten der Sekretariatskommission besucht, um im persönlichen Verkehr besser Irrtümer aufzuklären und eine gegenseitige Verständigung leichter herbeiführen zu können; auch ein Besuch in Paris bei dem Präsidenten des neu angeschlossenen französischen Bucharbeiterverbandes galt dieser Mission. Es wird erfreulichweise auch bei dem Internationalen Sekretariate dem schon viel erprobten Grundsatz gehuldigt, daß ein gesprochenes Wort weit überzeugender wirkt, denn hundert geschriebene. Anlässlich des Pariser Aufenthaltes wurde dem Sekretäre die Frage vorgelegt: „Was hält man anderwärts vom Generalfreist?“ Die hierauf im Jahresberichte gegebene, weitergehendes Interesse beanspruchende Antwort sei darum hier im Wortlaute festgehalten: „Vielorts und gerade bei den Leitern derjenigen Organisationen, die am besten ausgebaut sind und die größten Erfolge erzielt haben, ist man der Mei-

nung, daß die Idee des Generalfreists eigentlich gar nichts mit den Aufgaben der Gewerkschaften zu tun hat und bekämpft werden muß, da wo sie auftritt, indem sie die Gewerkschaften, durch den Hinweis auf eine möglicherweise mit einem Schläge zu erringende Verbesserung ihrer Lage, von der Leistung der täglichen positiven Arbeit abhält. Es wird ferner gesagt, daß dies Hoffen auf den erkönlchen Generalfreist, der einmal (wann?) kommen soll, nur trägen und unschlüssigen, nicht aber tatkräftigen, nütternen und ausdauernden Menschen zugemutet werden kann, und daß die von Männern der letztern Art getane Arbeit sicherlich gute Früchte bringen muß. Daß Leute, die nicht imstande sind, die Großzahl der Angehörigen eines Berufes zu einer relativ geringen Leistung in der Gewerkschaft zusammenzubringen und zu disziplinieren, noch viel weniger die gesamte produzierende Klasse werden in Bewegung setzen und unentwegt zu dem von ihnen verfolgten Ziele führen können. Daß übrigens niemals alle Lohnarbeiter und noch viel weniger alle Produzenten die Arbeit werden ruhen lassen und daß, wenn dies dennoch geschähe, gerade die Lohnarbeiter zuerst und am härtesten von den Folgen einer allgemeinen ArbeitsEinstellung würden zu leiden haben. — Diese und andere Argumente werden gegen den Generalfreist und für die praktische Arbeit in den Gewerkschaften aufgeführt. Und wenn festgestellt ist, daß bis dato alle Versuche mit dem Generalfreist gescheitert sind, so wird dieser Standpunkt damit nur bekräftigt. Dagegen muß man, wenn man bedenkt, daß die arbeitende Klasse in erster Linie gebildet und diszipliniert werden muß, um befähigt zu sein, eine bessere menschliche Gesellschaft zu begründen, zugeben, daß diese Bildung und diese Disziplin am besten durch die in der Gewerkschaft zu leistende Arbeit erzielt werden kann. Die zielbewußten Gewerkschafter aber werden auf allen Etappen ihrer Entwickelung Erfolge erzielen, die sie kräftigen werden, um eine weitere Strecke zurückzulegen.“

Aus den Beiträgen, die pro Mitglied und Jahr 10 Cts. betragen, kamen 7005,79 Fr. zusammen, wovon 5725,92 Francs verausgabt wurden; der Kassenbestand erhöhte sich — einschließlich eines Salbos von 838,67 Fr. — auf 2118,54 Fr., ferner brachten die angeschlossenen Verbände für die ausländischen Kollegen in Ungarn, Rom und Lissin noch insgesamt 13223 Fr. auf.

Der Schweizerische Typographenbund hielt am 22. Mai seine 46. Generalversammlung in Glarus bei Anwesenheit von 27 Delegierten ab. Nach Erstattung des Geschäfts- und Rechenchaftsberichts, welsch letzterer in der Allgemeinen Kasse eine Einnahme von 61437,02 Fr., eine Ausgabe von 37119,76 Fr., einen Ueberfluß von 29317,26 Fr. sowie einen Kassenbestand von 97399,40 Francs und in der Kranken-, Invaliden- und Sterbefasse eine Einnahme von 152907,55 Fr., eine Ausgabe von 122653,40 Fr., einen Ueberfluß von 30254,15 Fr. sowie einen Kassenbestand von 249188,01 Fr. aufwies, wurden folgende bemerkenswerte Beschlüsse gefaßt: dem Zentralkomitee wurde aufgegeben, für Schaffung eines Einheitsstarifes für das Gebiet des Schweizerischen Typographenbundes die notwendigen Unterlagen vorzubereiten, weiter wird das Verdecktstehen verboten und dem arg grassierenden Ueberflummenswesen der Krieg erklärt; auch wird das Zentralkomitee beauftragt, der Errichtung eines Ferienheims auch ferner seine Aufmerksamkeit zu schenken. Dem Antrage auf Steuerfreiheit während der Zeit der angesteuerten Arbeitslosigkeit, der Messe und des Militärdienstes sowie einem solchen, welscher die Aufhebung des Umschauerbotes bezweckt, wurde nicht stattgegeben. Nachdem noch Bern als Vorort des Bundes und Biel als Domizil der Revisionskommission wieder befestigt und Frauenfeld als Ort der nächstjährigen Generalversammlung bestimmt war, hatte diese Tagung ihr Ende erreicht, welche — entgegen dem zurückhaltenden Betragen deutscher Behörden — von einem Regierungsrate als Abgeordneten des Gemeinderates Glarus besucht war.

Das Zentralkomitee des Schweizerischen Typographenbundes nimmt Veranlassung, die leider nur noch zu häufige Außerachtlassung der internationalen Vereinbarung, wonach vor Annahme von Konditionen zunächst Erkundigungen bei den zuständigen Vorständen einzuholen ist, gebührend zu kennzeichnen und verfügt amtlich, berart sämmtigen Kollegen jedwede Unterstützung zu versagen und obendrein noch dieselben unter Androhung des Ausschlusses aufzufordern, die angetretene Kondition sofort zu verlassen. Recht so! Es wäre aber nur zu wünschen, daß auch außerhalb der Schweiz die nämliche Strenge walten möchte.

Durch Urabstimmung und zwar mit 280 gegen 23 Stimmen haben sich nun auch die im Vereine der Schweizerischen Buchdruckermeister vereinigten Prinzipale für den Schiedsgerichtsverband entschieden. Es kann nun die praktische Arbeit beginnen, die hoffentlich dem gesamten graphischen Gewerbe der Schweiz zum Segen gereicht.

Der Verband der Elsaß-Lothringischen Buchdrucker hat im vorigen Jahre 37743,04 M. eingenommen und 27995,52 M. ausgegeben; es konnte also ein Ueberfluß von 9747,52 M. und damit ein Kassenbestand von 116494,69 M. erzielt werden. Unter den Ausgaben nennen wir 3285,75 M. für Reise-, 2516 M. für Arbeitslosen-Unterstützung, 10578,40 M. für Kranke, 4145 M. für Invaliden, 1550 M. Sterbegeld, 933,08 M. Abonnement für den „Corv.“. Die Mitgliederzahl ist von 763 auf 842, also um 74 gestiegen.

Dem Jahresberichte sind ausführliche statistische Daten angehängen über die Personalverhältnisse sowie über die Lohn- und Arbeitsbedingungen, über die Siekmachine, die sanitären Verhältnisse und über die gewährten Ferien.

Daraus ist zu ersehen, daß in Elsaß-Lothringen 755 Handseher, 25 Maschinenseher, 161 Drucker, 19 Stereotypenre, 40 Faktoren, 31 Korrektoren und 16 sonstige, insgesamt 1047 Gehilfen gibt, von denen 77,2 Proz. organisiert sind. Von den 755 Handsehern werden 427 über 229 zum und 99 unter Minimum entlohnt (unter den letzteren befinden sich auch die in der Buchdruckerei beschäftigten neuausgelernten Gehilfen). 22 Gehilfen arbeiten täglich 8 1/2 Stunden, 909: 9 Stunden, 58: 9 1/2 Stunden, 40: 10 Stunden, 15: 10 1/2 Stunden, 3 Gehilfen 11 Stunden. Auch das Reichsland ist vor dem Eindringen des „eisernen Kollegen“ nicht verschont geblieben, denn im Berichtsjahre waren bereits 22 Stild — 11 Linotypes, 6 Monolines und 5 Typographen — in Betrieb, wobei Meß mit 8 Maschinen den Rekord schlägt.

Auf die Verhandlungen der diesjährigen Generalversammlung brauchen wir hier nicht näher eingugehen, da in Nr. 43 des „Corr.“ darüber ein Originalbericht enthalten ist.

Der Unterstützungsverein der Buchdrucker und Schriftsetzer Ungarns ist im Jahre 1903 nach zwei Seiten hin endlich zu stabileren Verhältnissen gekommen; einmal ist die langersehnte behördliche Genehmigung des Statuts eingetroffen, dann aber konnte — trotz der Erhöhung des Wochenbeitrages um 20 Heller — über einen bedeutenden Mitgliederzuwachs berichtet werden: 3559 Mitglieder zu Anfang, 4140 Mitglieder am Ende des Berichtsjahres, also ein Mehr an Mitgliedern von 14 Proz. Das seit reichlich 10 Jahren beim hauptstädtischen Magistrat deponierte Vereinsvermögen konnte nun wieder in eigene Verwaltung genommen sowie die seit 1893 aufgelaufenen Zinsen von 67160,47 K erhoben und dem Vermögen zugeschlagen werden. Kurz, ein neuer Pulsschlag im Vereinsleben der ungarländischen Kollegen, dem dann wohl auch ein günstiger Einfluß auf die schon des öftern erwähnte Tarifbewegung nicht abzuspüren ist. Ueberall wo Arbeiterinteressen in Frage kommen, kostet es Kampf, daß die Ungarn aber ein Degenium gegen das Sequesier ihrer eignen Spargroschen unter den Waffen beharren mußten, dürfte schon zu den Ausnahmen gehören; na, um so wohlthuender der Erfolg! Der Unterstützungsverein gab aus für Kranke 87574,08 K, für Jubiläen, Witwen und Waisen 67361,41 K, für Arbeitslose (am Orte und auf der Reise) 82472,84 K, dem 24677,66 K betragenden Reservefonds wurden weitere 4128,73 K hinzugelegt; die Gesamteinnahmen betragen 349226,07 K, die Gesamtausgaben 237409,33 K und das Vermögen am Jahreschlusse 378969,99 K.

Korrespondenzen.

Sch. Arnstadt (Thür.). Die hiesige Mitgliedschaft, welche vor etwa eineinhalb Jahren das Licht der Welt erblickte, beschloß in ihrer am 4. Juni abgehaltenen Monatsversammlung u. a. eine Vereinsbibliothek zu errichten, um besonders den jüngeren Kollegen durch Lesen gediegener Fachliteratur Mittel zur Weiterbildung an die Hand zu geben. Mitgliedschaften, welche überzählige Fachliteratur usw. besitzen, werden gebeten, dieselbe an den Vertrauensmann B. Gräfer, Angelfaulen-Arnstadt, zu senden, wofür schon im voraus besten Dank! Porto wird gern vergütet.

Frankfurt a. M. Die letzte Mitgliederversammlung war als eine gut besuchte zu bezeichnen, wie überhaupt in letzter Zeit ein etwas regeres Interesse am Vereinsleben zu konstatieren ist. Um so mehr sollte alles vermieden werden, was die Kollegialität irgendwie stören könnte, damit der Versammlungsbesuch sich immer mehr in aufsteigender Linie entwickele. Zunächst erfolgte durch den Vorsitzenden Gutjard eine Reihe geschäftlicher Mitteilungen, deren letzte eine rege Diskussion hervorrief. Durch die Anstellung des Kollegen Reuß als Gauverwalter resp. Bezirkskassierer und eine Reihe früherer Beschlüsse veranlaßt, war eine Revision bzw. Neubearbeitung des Bezirksreglements notwendig geworden. Der Entwurf des Vorstandes, der auch von einer Vertrauensmännerversammlung durchberaten war, fand einstimmige Annahme der Versammlung. Sodann wurden wegen beträchtlicher Höhe rückständiger Beiträge nachstehende Kollegen zum Ausschlusse empfohlen: die Seher Karl Blazet, Aug. Botschek, Theodor Görz, Georg Wager, Christian Müller, Philipp Korth, Eduard Sahm, Wilhelm Schaub; der Drucker Konrad Müller; die Wieher Friedr. Bierling, Martin Voßner und der Korrektor Oskar Dietmar. Nicht weniger als 28 Kollegen, welche drei, vier, fünf und sechs Wochenbeiträge zum Teile ein bis eineinhalb Jahr gewohnheitsmäßig restieren, wurde die Verpflichtung auferlegt, bis zum 1. Juli ihre Reste zu begleichen, andernfalls auch sie dem Ausschlusse verfallen sollen. Unter „Verschiedenes“ berichtete der Vorsitzende über den jetzigen Stand der Ferienangelegenheit. Seitens des Vorstandes war an 80 hiesige Firmen ein Zirkular um Bewilligung von Ferien gerichtet worden und hat daselbe erfreulicherweise eine sympathische Aufnahme gefunden. Von Frankfurter Firmen gewähren bis jetzt unter verschiedenen Modifikationen die nachstehenden Ferien: Frankfurter General-Anzeiger (8, 10 und 14 Tage), Frankfurter Sozialitäts-Druckerei (14 Tage), C. Grieser (8 Tage), G. Martens (8 Tage), Minjon Wwe. (14 Tage), Karl Theis (8 Tage), Union-Druckerei (8 Tage) und Voigt & Meißner (8 Tage). Im Genüsse der Ferienvergünstigung befinden sich nunmehr etwas über 200 Kollegen und stellt dies soziale Verhältnis den genannten Firmen das ehrenvolle Zeugnis aus. Eine Reihe weiterer Firmen haben Ferien

in Aussicht gestellt und wäre zu wünschen, daß dieselben in ihren Entschlüssen recht bald den vorstehenden nachahmenswerten Beispielen folgen. Zu erwähnen ist hierbei, daß die Frankfurter Sozialitäts-Druckerei die Ferienvergütung von 50 auf 60 Wk. erhöhte und im kommenden Jahre für das ganze Personal (bis jetzt nur 62 Kollegen) Ferien einführen will. — Das Johannisfest verspricht den getroffenen Vorbereitungen und Ueberraschungen ein wohlgeklungenes zu werden. Hingugefügt sei auch, daß die nötigen Druckmaschinen von den Druckereien Koenig, Kern & Birner, Benjamin Krebs, August Weißbrod, Wüsten & Schönfeld, wie auch die Papier- und Kartenerlieferung hierzu von der Fägerischen Papierhandlung unentgeltlich übernommen wurden.

Mr. Raffel. Die hiesige „Graphische Vereinigung“, welche im April 1903 gegründet wurde, hat nun ihr erstes Lebensjahr hinter sich und kann wohl man sagen, daß, wenn auch aller Anfang schwer, bei unseren Mitgliedern doch ein gewisses Interesse zur Vervollkommenheit ihres Wissens und Könnens vorhanden ist. In dem verflohenen Jahre fanden mehrere Druckfachausstellungen statt, u. a. zwei Musteraustausche vom Deutschen Buchgewerbevereine, Umschläge vom Wettbewerbe für die „Schweizer Graphischen Mitteilungen“, eine Rundschau des „Deutschen Buch- und Steindruckers“, Johannisfestdruckachen von Rüttner-Leipzig und eine große Anzahl moderner Druckmaschinen von verschiedenen Schriftgießereien. Durch den Anschluß an den Verband der Typographischen Gesellschaften in Berlin gelangten wir zur Ausgabe der „Eclair“-Rundschau sowie der „Monatshefte für die Graphischen Künste“. Hierzu gab der Vorsitzende Knapp auf Grund des beiliegenden Berichtes eine eingehende Uebersicht über die Arbeiten und es ergab sich hieraus, daß dieselben allgemein als gut bezeichnet werden könnten, aber doch die Sauberkeit hinteran gestellt wurde. Zu allen diesen Ausstellungen befanden die Mitglieder durch zahlreiches Erscheinen ihr großes Interesse. Durch die unermüdete Schaffensfreudigkeit und Leitung des uns leider verlassenen Vorsitzenden, Herrn Faktor D. Schälzig, wurde ein Zeidenkursus begonnen und nahmen etwa 20 Mitglieder daran teil. Diesem folgte alsdann ein Stizierkursus, welchen Herr Robio leitete. Herr Faktor D. Schälzig hielt dann noch einen Vortrag über „Die Pflege des idealen Denkens“, welcher sehr gut aufgenommen wurde. Für die Sommermonate fallen die Uebungsstunden aus und sind hierfür Ausflüge in die Umgegend sowie Besichtigungen von Sehenswürdigkeiten usw. geplant, um die so gewonnenen Eindrücke für den Winterkursus in die Praxis übersehen zu können. Mögen nun auch die Mitglieder niemals erlahmen, sondern immer weiter auf dem nun einmal begonnenen Wege vorwärts schreiten, zu unser aller Nutzen. Allen, welche uns mit Zufendungen für die Ausstellungen sowohl als auch für den Stizierkursus so tatkräftig unterstützt haben, sei an dieser Stelle unser bester Dank ausgesprochen. — In der am 7. Mai abgehaltenen Hauptversammlung erstattete der Vorstand Bericht über seine Tätigkeit und wurde der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt. Derselbe besteht aus den Kollegen Karl Knapp, Sommerweg 15 1/2, Vorsitzender; E. Müller, Schriftführer; R. Schütze, Kassierer; P. Gipp und F. Stäbel, Beisitzer.

Leipzig. (Maschinenseher.) In der Sitzung vom 5. Juni wurde bekannt gegeben, daß die Zentralkommission der Maschinenseher Sonntag den 12. Juni zu einer Besichtigung der Monotypie in Leipzig eintritt. Es wurde beschlossen, sich an dieser Besichtigung in corpore zu beteiligen und dieser Beteiligung einen Begrüßungskommers folgen zu lassen. Nach der Erledigung der verschiedenen Eingänge und Anfragen aus vielen Städten über die Monotypie bildete der Artikel „Entfesselte Kräfte“ im „Corr.“ Nr. 59 ein sehr anregendes Thema. Obgleich dieser Artikel schon von einem Mitgliede eine Erwiderung in technischer Beziehung erhielt, sah sich der Vorstand doch veranlaßt, über den Schlußsatz des Artikels, worüber schon auswärtige Anfragen eingelaufen waren, Klarheit zu schaffen, um die Leipziger Maschinenseher vor ungerechten Vorwürfen zu bewahren. Es entspann sich eine lebhafteste Debatte über die übrigens schon in der Generalversammlung genügend ventilirte Frage betreffs des Lernens nach Feierabend an der Monotypie. Es wurde hierbei festgelegt, daß die zwei Mitglieder, um die es sich handelte, nur aus Erneuerer, wie es Maschinenseher oder Seher, wenn es sich um Bereicherung ihres Wissens handelt, tun, den Lastapparat studierten, aber keine effektive Arbeit lieferten, diese aber sofort unterließen, als der hiesige Gewerkschaft die Frage der Anlernung mit dem Vertreter der Segmaschmiedefabrik geregelt hatte, während andere Maschinenseher sich nur über die Lernbedingungen erkundigt haben, ohne nur im entferntesten daran zu denken, dies nach Feierabend zu tun. Also nur Information nicht Schusterei! Aber es wurde auch festgestellt, daß sich viele Handseher förmlich unter Witten an den Vertreter der Segmaschmiedefabrik wandten, sie alle aber wurden von demselben zurückgewiesen, um nicht mit dem Verbanne in Konflikt zu kommen. Im übrigen ist vorläufig noch wenig Aussicht zum Lernen vorhanden, da nur zwei Taismaschinen sich in Betriebe befinden und diese bereits besetzt sind. Unter „Technisches“ wurden ausführliche Besprechungen über die Pulsmeter-Segmaschine und Wids Seg- und Wießmaschine gegeben; erstere, die an die alte Kastenbeische erinnert, kommt gar nicht in Betracht, während die letztere wohl eine große Zukunft auf dem Weltmarkt haben dürfte.

Leipzig. (Maschinenseherclub.) In der am 8. Mai abgehaltenen Ordentlichen Generalversammlung erfolgte

eine ausführliche Aussprache über den am 24. Juli in Chemnitz abzuhaltenden sächsischen Maschinenseherkongress. Ein Vortrag über die Statistik der Maschinenseher bildete einen hochinteressanten Kommentar zu dem im „Corr.“ veröffentlichten Statist. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Wils, Müller, erster Vorsitzender, Desjüng, zweiter Vorsitzender, Meyer, Kassierer, F. Sack, Schriftführer. Eine ausgiebige und heftige Debatte zeitigte das Lernen von Kollegen an der Monotypie im Buchgewerbe; das Resultat derselben ergab, daß Kollege Kost beauftragt wurde, den Vorstand des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießergehilfen zu veranlassen, das Lehrverhältnis mit den Vertretern der Gesellschaft zu regeln.

Minister. Am 28. Mai sprach hier Kollege Böblin in einer Allgemeinen Buchdruckerversammlung vor etwa 80 Kollegen (darunter 10 Nichtmitgliedern) über die allgemeine Lage im Buchdruckgewerbe. Dem Referate, welches ungetheilten Beifall fand, folgte eine längere Diskussion.

W. Straßburg. (Berichtigung.) In dem Berichte vom hiesigen Bezirke in Nr. 63 des „Corr.“ ist ein unliebsamer Firtum unterlaufen. Die Buchdruckerei von Frizsche in Swinemünde ist nicht, wie berichtet, auf Antrag der dortigen Gehilfen aus dem Tarifverzeichnis gestrichen, sondern es wurde auf Antrag der Gehilfen der Lokalschlus für Swinemünde vom Kreis-Unte gestrichen. An Stelle des Lokalschlusses ist jänklichen Gehilfen der Firma eine Zulage gewährt worden. Die Druckerei von Frizsche in Swinemünde ist nach wie vor tariffrei.

Rundschau.

Ferien! Gebr. Brunert in Berlin gewähren ihrem Personale nach 4 1/2-jähriger Tätigkeit sechs Tage Ferien. — In Mainz hat außer den Firmen C. Meyer, „Volkzeitung“ und R. Theyer nun auch die Joh. Wirtz'sche Hofbuchdruckerei ihrem Personale einen Urlaub von acht Tagen bewilligt. Die beiden ersteren Firmen gewähren ohne Unterschied der Geschäftstätigkeit, die dritte nach fünfjähriger und letztere nach zehnjähriger Zugehörigkeit diese Ferien. — Die Hanseatische Druck- und Verlagsanstalt in Hamburg gewährt den zwei Jahre im Geschäft tätigen Gehilfen drei Tage, und den vier und mehr Jahre beschäftigten Gehilfen acht Tage Ferien.

Eine Agitationsversammlung zugunsten nationaler bzw. christlicher Gewerkschaften hielt dieser Tage der unseren Lesern aus der Gärtnerbewegung her bekannte Herr Franz Behrens-Berlin in Leipzig ab. Nach dem Berichte der „Leipziger Volkszeitung“ soll Herr Behrens „an der Hand des Korrespondenten für Deutschlands Buchdrucker“ nachgewiesen haben, daß die Aussperrung in Grimmitzschau eine Machtprobe der Sozialdemokratie war.“ Wir kennen die Methode der christlichen, Hirsch-Dunderschen und anderer Gewerkschaftsführer, unser selbständiges und freimütiges Urteil über Zeit und Dinge für ihre Zwecke auszunutzen, ja zur Genüge und wehren uns deshalb nicht in jedem Einzelfalle gegen die mehr oder weniger gewalttätige Verdrehung unserer Meinung. In dieser Sache wollen wir aber ausdrücklich feststellen, daß eine derartige Behauptung von uns niemals aufgestellt worden ist. Wir haben vielmehr gesagt, daß er durch das ziemlich allseitig verurteilte Eingreifen der Behörden der Grimmitzschauer Kampf zu einer Machtprobe zwischen der Gesamtarbeiterchaft und dem Unternehmertume ausgewachsen ist, die dann natürlich der politischen Bedeutung nicht mehr entbehren konnte.

Die Gutenberg-Bündler haben sich das ebenso unstaunige wie zweifelhafte Vergnügen geleistet, für die Gehilfenvertreterchaften im VIII. Tarifkreise drei ausgefeilte Nullen aufzustellen. Die Armen! Im weitem enthält die letzte Nummer der „Zeitung der Nichtverbandsgehilfen Deutschlands“ ein klägliches Gewinsel des früheren Bundesvorsitzenden Albrechts über die beantragten Statutänderungen der Prinzipalklasse. Es wird um eine Schmälerung der jetzt zuzehenden Rechte gebangt, was logischerweise auf ein ganz bedeutendes Interesse der Bündler für die Prinzipalklasse schließen läßt. Na, vielleicht ist Herr Albrechts und seine Genossen diesmal noch etwas mehr von oben herab von den Prinzipalen behandelbar worden, die Bündlerversammlungen drehen sich jetzt um die große Frage, wen diese last gestellte Buchdruckergruppe mit ihrem Anschlusse beglücken soll. Zu Betrachten kommen die christlichen Gewerkschaften und die Gesellschaft für soziale Reform. Bei der zunehmenden Höhe dürften noch ähnliche Hingespinnste die Mitwelt staunen machen.

Vordruckungen sind auf den großen Hamburger Dampfern infolgedessen schon eingeführt, als den vier Groß- und Kleinsten unfaßenden, vorgearbeiteten Nummern Matriculogramme mit den neuesten Nachrichten in deutscher und englischer Sprache eingefügt werden.

Für den Druck freigegeben hat die russische Regierung nunmehr die litauische Sprache. Die Kriegsnöte haben dem russischen Absolutismus überhaupt schon einzelne Konzeptionen abgerungen.

Besserungen an der Linotype. Einem Amerikaner namens P. Shea in Chicago ist eine Vorrichtung patentiert worden, wodurch die Arbeit des Setzens an dieser Maschine verringert, ihre Leistungsfähigkeit aber erhöht werden soll. Mit dem neuen Apparate wird der Sammelkavator gehoben, so daß der Seher mit der rechten Hand die Zeile nicht mehr abzuschieben braucht; der Apparat tritt einfach durch einen Stoß des Setzers mit

Fortsetzung in der Beilage.

Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

dem Rate in Funktion. Die Anschaffungskosten sollen sich auf nur drei Dollars belaufen; in dieser Beziehung hätte ja die neue Erfindung alles für sich, aber —

Im Leipziger Ärztekriege ist die angeordnete Suspension der Distriktsärzte von der Kreisärztemannschaft noch immer nicht erfolgt, es ist also jedenfalls in Dresden abgewimmelt worden. Dagegen ist mit einer neuen kreishauptmannschaftlichen Verordnung die Politik der Nadelstiche eingeleitet. Dem Klassenvorstande ist nämlich unterjagt worden, ferner in den Beratungsanstalten die Familienbehandlung zu gestatten. Außerdem wird dem Vorstande der Vorwurf gemacht, er habe diejenigen Kranken, welche aus der Behandlung eines Distriktsarztes in die eines Verbandsarztes übergehen wollten, in schikanöser Weise behandelt, weshalb künftig alle für die Nichtgenehmigung eines Arztwechsels maßgebenden Gründe der Oberbehörde erst mitzuteilen wären. Weiter wird den Beamten und Angestellten der Ortskrankenkasse bei Strafe sofortiger Entlassung verboten, die Mitglieder der Kasse in der Wahl ihres Arztes irgendwie zu beeinflussen. — Inzwischen hat nun die sächsische Regierung ihren offiziellen Segen zu dem folgenschweren Schritte der Kreisärztemannschaft vom 7. Mai — Beseitigung des Distriktsarztsystems und Einführung der unbeschränkt freien Arztwahl — gegeben und zwar in Form eines Beschlusses über die diesbezüglichen vom Vorstande der Leipziger Ortskrankenkasse und den Distriktsärzten eingereichten Beschlüsse. Aus dem langen Schriftstücke erfährt man vor allen Dingen, daß das Ministerium die von aller Welt angekauften Exraturouren der Leipziger Kreisärztemannschaft in jeder Beziehung unterschreibt, die vielen klaffenden Widersprüche zwischen den einzelnen Bestimmungen also gut heißt. Die Interpretation des § 56a des Krankenversicherungsgesetzes durch das sächsische Ministerium zeigt die Gefährlichkeit und Unhaltbarkeit dieses Kaufschulparagrafen in voller Größe, hier nur eine Probe: „Hiermit ist der höchsten Verwaltungsbeförderung eine gesetzliche Vollmacht von großer Tragweite übergeben worden, die ihr in gegebenen Falle volle Handlungsfreiheit im Namen der Kasse gewährt und ihre Grenzen nur im Ziele der betreffenden Tätigkeit einerseits und der Leistungsfähigkeit der Kasse andererseits findet, sonst aber in ihrem Gebrauche lediglich von dem freien, pflichtmäßigen Ermessen der Behörde abhängig ist.“ Sodann heißt es nach dem Grundsatz „Wennschon, dennschon“: „Denn wenn einmal die Behörde in Erfüllung ihrer Pflicht und Aufgabe sich der Regelung des Verhältnisses mit den Ärzten unterzog, so mußte sie dies so einsehend und vollständig tun, daß hierdurch die Angelegenheit in allen Beziehungen geordnet und die ärztliche Versorgung der Klassenmitglieder für längere Dauer verbürgt wurde.“ Da hat man nun die Versicherung: „das freie, pflichtgemäße Ermessen der Behörde“ wird als oberster Grundsatz von Recht und Vernunft deklariert! So ungefähr ist auch das segensreiche Warten des administrativen Weges im absolutistischen Rußland zu verstehen. Wie schon früher gesagt, dieser selbstherrlichen Aukerfursorhebung des Selbstverwaltungsrechtes der Krankenkassen kann nur auf dem Wege der Gesetzgebung begegnet werden.

Den Grundsatz, was dem einen recht ist, ist dem andern billig, hat der Landtag von Neuchâtel j. Z. lehrhaft in durchaus richtiger Weise vertreten. Es handelte sich nämlich um einen die Bildung einer schweizerischen Ärztekammer betreffenden Gesetzesentwurf, also um Zwangsorganisation des ärztlichen Standes. Die Regierungsvorlage wurde jedoch gegen zwei Stimmen abgelehnt unter der Motivierung, es solle damit einem kleinen Teile der Bevölkerung eine einseitige, gesetzlich festgelegte Zwangsorganisation gegeben werden, was den anderen Bevölkerungskreisen verjagt werde. Die Forderung der gesetzlichen Anerkennung gewerlicher Vereinigungen, was immer noch etwas anderes als gesetzliche Regelung einer Organisation ist, muß allen und darf nicht nur einem Stande als Privilegium erfüllt werden. Wenn im reichlichen Landtage noch die Befürchtung eines dann von den Ärzten auszuübenden Terrorismus laut wurde, so ist auch diese Erwägung nicht von der Hand zu weisen. Der Unterschied ist eben der, daß von den Arbeitern fast immer „Koalitionsmißbrauch“ getrieben wird, während es über die Ärzte, wenn es diese gar so schlimm treiben, wie in Leipzig, allenfalls heißt, soweit könnte die Regierung nicht mitgehen.

Unglaubliche Kinderausbeutung in der Landwirtschaft. In einem Orte Schwabens ist der Fall passiert, daß ein gar nicht so schlecht dastehender Bauer sein zweieinhalbjähriges Kind zur Arbeit heranzog und das zwar an einer Maschine! Das Kind kam in das Getriebe — es wurde ihm eine Hand abgerissen. Das Schicksal von Ausbeuter verlangte nun aber gar von der Berufsgenossenschaft Rente, da ein Unfall im Betriebe vorlag. Er wurde aber hier wie vor dem Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung ohne weiteres abgewiesen; der

Vorsitzende bezeichnete die Handlungsweise des Klägers als verwerflicher Leichtsinns, seinen Anspruch auf Rente eine Unverschämtheit. Das sind die als so vortrefflich geschilderten Zustände in der Landwirtschaft!

In Fürth scheint die Unternehmerschaft überwiegend herzlich schlecht auf die Arbeiterschutzgesetzgebung zu sprechen zu sein, denn nach den neuerdings vom Magistrat getroffenen strengeren Maßnahmen zu schließen, hat z. B. das Kinderschutzgesetz bis jetzt nur auf dem Papiere gestanden. Bis jetzt ist nämlich noch keine der vorgeschriebenen Karten für die Beschäftigung von Kindern verlangt worden, obwohl schon vor Inkrafttreten des Gesetzes eine gemeinverständliche Belehrung herausgegeben wurde. Die Kinderarbeit ist in Fürth ziemlich verbreitet, wie aus einer von den Lehrern in den Volksschulen angestellten Erhebung hervorgeht. Dabei wurde festgestellt, daß 631 Kinder in Gewerbebetrieben beschäftigt werden, für 287 von diesen Kindern wäre nach dem Gesetze die Beschäftigung überhaupt verboten.

„Wir befinden uns im Zeitalter des größten Humanitätsduseles“ sagte ein Freiherr v. Erffa im April d. J. auf dem sächsischen Provinziallandtage. Nachstehend nun ein Momentbild aus diesem gesegneten Zeitalter. Vor dem Landgerichte in Nürnberg kam vor einigen Wochen ein Fall schlimmer Kinderausbeutung im Berufungsverfahren zur Sprache. Die Fabriks- und Hammerwerksbesitzer Gebrüder Fuchs in Fürth und deren Werkmeister wollten nämlich die ihnen infolge einer Anzeige des Fabrikinspektors zuerkannten Strafen von je 320 Mk. bzw. 120 Mk. wegen fortgesetzter Uebertretung der Gewerbeordnung nicht berappen, sondern verlangten Freisprechung. Diesen Gefallen tat ihnen nun die Revisionsinstanz nicht; im Gegenteil, sie bebauerte, nicht auf eine höhere Strafe erkennen zu dürfen, da der Amtsanwalt keine Berufung eingelegt habe. Das schöffengerichtliche Urteil schidert die von diesen Unternehmern und deren Vertreter vor den Gesetzen bezugte Achtung folgendermaßen: Die Werksführer sind zur selbständigen Leitung des Betriebes angestellt. Die Besitzer kommen wöchentlich einmal nach Königshammer, aber die Arbeiter interessieren sie nicht, sie haben nur Sinn für das Arbeitsergebnis. Das Gericht hält für festgestellt, daß in den Jahren 1901 bis Ende 1903 die Gewerbeordnung fortgesetzt in der unerhörtesten Weise übertreten wurde. Die Arbeitszeit für Kinder und jugendliche Arbeiter begann oft um 3 Uhr morgens und währte länger als dreizehn Stunden. Häufig wurden sie auch in der Zeit von 7 Uhr abends bis 6 Uhr morgens die ganze Nacht hindurch beschäftigt. Die Pausen wurden nicht eingehalten, die Ausnutzung der Kinder und jugendlichen Arbeiter ging sogar so weit, daß man ihnen noch die einstündige Mittagspause beschlitt. Während der Pausen mußten Kinder und jugendliche Arbeiter oft Metall kauen oder andere Arbeiten verrichten. Ebenso ist erwiesen, daß Arbeiterinnen oft morgens um 5 $\frac{1}{2}$ Uhr, an den Sonntagen um 3 Uhr, an anderen Tagen öfters um 5 Uhr die Arbeit beginnen mußten. Die Kinder seien in gerader unerhörter Weise rücksichtslos ausgebeutet worden. Das sei schon vom menschlichen Standpunkte aus verwerflich. Die Verhandlung habe aber auch noch weiter ergeben, daß die Fabrikinspektion in ihrer jetzigen Form ungenügend sei, sonst hätten solche Gewerbeverbrechen nicht jahrelang begangen werden können. — Die Gesetzesfreudigkeit der Unternehmer und das Interesse für die Arbeiter waren in diesem Falle allerdings von ganz besonderer Qualität. Nicht viel besser sieht es aber fast allenthalben aus, wenn nur alles an das helle Licht des Tages käme. Nachfolgend eine Auslese von diesem umfangreichen Kapitel.

Wie die Unternehmer die Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung achten und wie sie für deren Nichtbefolgung bestraft werden kann man annähernd erkennen aus der dem Reichstage zugegangenen, 480 Druckseiten umfassenden Uebersicht der im Jahre 1902 erfolgten rechtskräftigen Verurteilungen wegen solcher Uebertretungen, die wir uns zu passen Gelegenheit aufgepaßt hatten und nun eine Zusammenfassung zu den oben mitgeteilten Fällen geben möge. Da hier nur die aus Verurteilungen gegen die in der Gewerbeordnung enthaltenen Schutzbestimmungen resultierenden Verurteilungen in Betracht kommen, so ist von vornherein festzustellen, daß das Unternehmertum in weit schlimmeren Maße gegen den gesetzlichen Arbeiterschutz gefrevelt hat als aus diesen Nachweisungen zu ersehen. Und da im Jahre 1902 in Deutschland 179886 gewerliche Anlagen mit 4849108 beschäftigten Arbeitern bestanden, von diesen Betrieben aber nur 94860, also etwa 60 Proz., revidiert wurden und davon 76662 wieder auch nur einmal im Jahre, so läßt sich denken, was an Uebertretungen ermittelt werden würde, wenn wir in Deutschland eine ebenso ausreichende und schneidige Gewerbeinspektion hätten, wie wir eine züchtige und „erfolgreiche“ Arbeiterschutzpolizei haben. Es konnten aber doch schon 5620 strafbare Handlungen festgestellt und 5942 (Unternehmer oder deren verantwortliche Beamte) Personen verurteilt werden.

Die verhängten Strafen bilden allerdings ein sehr interessantes Kapitel in den gegenwärtigen Zeitläuften, wo draconische Strafen auf die Arbeiter nur so herunterprasseln, welche für die materielle Interessenförderung ihrer Berufsgenossen tätig sind oder solche, die einen Arbeitswilligen auch nur scheel ansehen. Nur drei Gesetzesverlezer sind nämlich mit Gefängnis bestraft, 4 haben Geldstrafen über 200 Mk. bekommen, 14 solche von 100 bis 200 Mk., 68 mußten 50 bis 100 Mk. Strafe zahlen, 395 kamen mit 20 bis 50 Mk. davon, 613 mit 10 bis 20, 1815 mit 3 bis 10 und 3030 „büßten“ mit bis zu 3 Mk.!!! Der weitaus größere Teil der Arbeiter kam also mit einer Sühne davon, die so ungefähr der Höhe eines annehmbaren Trinkgeldes entspricht. Für die Beschäftigung von 221 Arbeiterinnen an einem Sonntag mußten beispielsweise ganze 24 Mk. bezahlt werden. Rund zwei Drittel der verhängten Strafen erreichen überhaupt nur den hundertsten Teil der Höchststrafe und beinahe die Hälfte entspricht nur dem zweihundertsten Teile der zulässigen Straßhöhe, selbst die vier am höchsten bestraften Fälle (je 300 Mk.) gehen nicht über den sechsten Teil der Maximalstrafe hinaus! Die Uebertretungen der Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung ergeben nun folgendes Bild: Verbotswidrige Sonntagsarbeit 774 ermittelte Fälle, fehlender Nachweis über Sonntagsarbeit 117, Nichtachtung polizeilicher Arbeiterschutzvorschriften 128, Nichtachtung bundesrätlicher Arbeiterschutzvorschriften 927, Verstöße gegen den Schutz der Jugendlichen 913, Verstöße gegen den Arbeiterverschutz 297, geschwundene Arbeitsordnungen 92, Forderung der Revisionen 6, geschwundene Arbeits- und Lohnbücher 2138, Keinzugleichung in Entlassungszeugnissen 1, Truchsystem 18, geschwundene Lohnzahlung (in Gasthäusern usw.) 28, Verletzung des Qualifikationsrechtes 1, betreffs Besuch der Fortbildungsschulen 181 Fälle. Wegen Verstöße gegen §§ 120a bis 120e der Gewerbeordnung, welche dem Schutze der Arbeiter gegen Gefahren für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit handeln, sind in ganzen drei Personen mit Gefängnis bestraft, außerdem wurden aber noch 1055 Uebertretungsfälle gegen diese wichtigen Bestimmungen festgestellt. Wie glimpflich die Arbeitgeber überhaupt wegkommen, beweist die Tatsache, daß wegen mit Merkmalen versehener Zeugnisse nur ein Fall und über unzulässige Verwendung von Strafgebern oder verwirkten Lohnbeträgen überhaupt keiner vorliegt und doch passiert in dieser Beziehung gerade genug an Uebertretungen. Das polygraphische Gewerbe weist im ganzen 199 rechtskräftige Verurteilungen auf, welche 205 Unternehmer und 22 Angestellte betreffen; zwei Drittel dieser Strafen gehen nicht über 10 Mk. hinaus. Gaben wir im Vorstehenden nur einen kleinen Ueberblick über die von der Unternehmerschaft an den Tag gelegte Mißachtung der Arbeiterschutzgesetzgebung gewonnen, so können wir daran doch die Gesetzesfreudigkeit der deutschen Arbeitgeber erweisen, die nach solchen Proben sich als recht zweifelhaft herausstellt. Der Abgeordnete Gump meinte zwar im Reichstage, es sei „eine Lumperei“, jeden Unternehmer vor den Strafrichter zu ziehen, wenn er eine Arbeiterschutzvorschrift nicht beachte, aber wir leben doch in einem Rechtsstaate, in dem Gesetze nicht nur gemacht werden, damit sie bloß auf dem Papiere stehen oder nur gegen die wirtschaftlich am schwächsten dastehende Bevölkerung existieren. Wie die Dinge aber jetzt liegen, kann man nur sagen, daß die Unternehmer durch die äußerst milden Befragungen gewissermaßen noch eine Brantierung für ihre Unlust zur Befolgung der bestehenden Arbeiterschutzgesetze erhalten.

Wie die deutsche Arbeiterschaft wählt. Aus einer vom reichsstatistischen Amte gegebenen Uebersicht erhielten in den 34 Großstädten (über 100 000 Seelen) die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei Stimmen: in Altona 70,1 Proz., Berlin 66,9, Kiel 64,3, Chemnitz 64,0, Hamburg 63,3, Dresden 62,4, Leipzig 60,6, Braunschweig 59,5, Nürnberg 58,7, München 56,5, Stettin 56,2, Mannheim 55,4, Stuttgart 53,1, Bremen 52, Charlottenburg 51,6, Breslau 51,5, Eisenfeld 51,2, Barmen 50,9, Hannover 50,8, Halle a. E. 50,6, Frankfurt a. M. 50,4, Magdeburg 49,6, Königsberg 49,5, Kassel 46,8, Straßburg 45,8, Eberfeld 43,7, Köln 37,8, Dortmund 35,3, Gelsenkirchen 35,0, Krefeld 33,4, Essen 29,9, Danzig 29,7, Aachen 21,6 und Posen 7,7 Proz. Die Wahlbeteiligung war in den Großstädten eine verhältnismäßig sehr starke, schwach war sie nur in Frankfurt a. M., wo nur 56,9 Prozent der Wähler, Aachen, wo nur 60,3 und Danzig 63,3 Proz. der Wähler von ihrem Wahlrechte Gebrauch machten. Dagegen erschienen in Bremen 93,8 Proz., in Essen 92,2, Kiel 87,6, Dortmund 87,4, Gelsenkirchen 86,7, Hamburg 84,7 Proz. Ueber 80 Proz. hatten noch Dresden (82,2), Leipzig (81,7), Magdeburg (83,1), Chemnitz (83,2), Eberfeld (81,6), Halle (87,2), Barmen (83,2), Mannheim (80,3). In Berlin wählten 73,7 Proz. der Wähler, eine sehr starke Beteiligung war also nicht zu konstatieren. Selbstverständlich sind diese sozialdemokratischen Stimmen nicht ausschließlich von Arbeitern abgegeben, von denen vielmehr ein nicht unbeträchtlicher

